

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

22. Sitzung
14. März 2013

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.19 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Unterstützung von Existenzgründerinnen

(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU)

[0043](#)

ArbIntFrau

Wird dazu ein Wortprotokoll gewünscht? – Das ist so. – Damit komme ich zur Begrüßung unserer Gäste: Frau Larissa Boehning vom UCW, dem Unternehmerinnen- und Gründerinnen-Zentrum Charlottenburg-Wilmersdorf, vielen Dank auch für Ihre schriftliche Stellungnahme. Daneben sitzt Herr Ralf-Michael Rath von der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg, auch Ihnen herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. Dann folgt Frau Ines Hecker von Goldrausch e. V., auch Ihnen herzlichen Dank für die Stellungnahme. Daneben sitzt Frau Dr. Czarina Wilpert von der Initiative Selbständiger Immigrantinnen e. V. Last but not least kommt Frau Antje Ripking von der Gründerinnenzentrale – Navigation in die Selbständigkeit, auch Ihnen herzlichen Dank für die Stellungnahme.

Wir hatten kurz miteinander gesprochen. Ich bitte Sie, sich wegen unserer leider eingeschränkten Zeit – es geht hier nur bis 12 Uhr – wirklich an die fünf Minuten zu halten. Um Sie in dabei zu unterstützen, werde ich Ihnen kleine Zeichen geben, wenn die fünf Minuten um sind. Bitte achten Sie darauf!

Nun kommen wir zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktionen SPD und CDU. Ich nehme an, Sie haben sich geeinigt, wer das machen soll. Oder möchten Sie einzeln?

Dr. Ina Czyborra (SPD): Ich gehe davon aus, dass sich die Anhörung aus sich selbst heraus begründet und wir deswegen auf längere Ausführungen von unserer Seite verzichten können im Sinne der Zeitersparnis und der Anzuhörenden, die doch zahlreich erschienen sind, wofür ich sehr danke.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! Das finde ich eine gute Idee. – Dann wollen wir also beginnen mit Frau Larissa Boehning, bitte sehr!

Larissa Boehning (Unternehmerinnen- und Gründerinnen-Zentrum Charlottenburg-Wilmersdorf – UCW –): Vielen Dank für die Einladung vor den Ausschuss! – Ich bin die Erste Vorsitzende des Fördervereins UCW und möchte Ihnen heute unser Haus in der City-West in Wilmersdorf vorstellen. Sie können sich unser Gebäude, in dem wir sitzen, als eine Art langgestrecktes, großes U vorstellen, auf 5 000 Quadratmetern zwischen der Berliner Straße und der Brandenburgischen Straße, also ein U im Herzen von Wilmersdorf. In der Linkskurve dieses Us von Ihnen aus gesehen arbeiten über 50 Unternehmerinnen und Gründerinnen auf insgesamt fünf Etagen. Das sind Beratungsunternehmen, Versicherungswirtschaft, Kreativwirtschaft, Recht, Tourismus, Gesundheit, Stadt- und Landschaftsplanung und verschiedene Frauenverbände. Es ist ein großer Branchenmix bei uns. Zwischen dieser Vielfalt gibt es einen sehr schönen Konferenzsaal, den wir vermieten, und einen Turnsaal, der von Internen wie von Externen angemietet werden kann.

In der Biegung des Us hier unten arbeiten knapp über 20 national und international arbeitende Künstlerinnen und Künstler. Sie haben dort ihre Ateliers. Viele von ihnen arbeiten auch kunst- und kulturpädagogisch in der Stadt. Im rechten Schenkel des Us, das ist ein langgestreckter Flügel, finden Sie die Dietrich-Bonhoeffer-Bibliothek auf zwei Etagen. Das ist eine stark frequentierte Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbibliothek.

Das UCW wurde auf Initiative der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf 2003 schon entwickelt. 2005 stellte der Bezirk ein ehemaliges Gesundheitsamt zur Verfügung. Die GSE gGmbH wurde als Hausverwalter bis 2015 eingesetzt. Die Miete lag zu Beginn unter der ortsüblichen Miete, Existenzgründerinnen sollten explizit gefördert werden. Wir haben einen politischen Beirat, der beim Bezirksbürgermeister Naumann und der Gleichstellungsbeauftragten angesiedelt ist. Er entscheidet, wer in unser Haus einzieht. Damals wie heute ist die Nachfrage wirklich groß. Frauen möchten sehr gerne in unserem synergetischem Netzwerk arbeiten, in den Büros, die im Haus zur Verfügung stehen.

Bis hierhin klingt das alles nach einer Geschichte mit Happy End, sage ich einmal, aber – jetzt wird es spannend – im Februar 2012 beschloss das neue Bezirksamt natürlich auf Grund der prekären Haushaltssituation und in Erwartung von hohen Verkaufserlösen die Übertragung unserer Immobilie, unseres Us, in den Liegenschaftsfonds. Die BVV Charlottenburg-

Wilmsdorf wiederum sagte am 8. März 2012: Nein, das UCW soll erhalten bleiben. Aber das Bezirksamt steht unter Spardruck und lässt weiterhin prüfen, ob der Erhalt des UCW in Zukunft möglich sein kann. Es schwebt über uns also als eine Art Damoklesschwert der Verkauf der Immobilie, was eine langfristige und nachhaltige Planung für uns als Unternehmerinnen schwierig macht. Wir sind abhängig von politischen Zyklen und Entscheidungen.

Aus diesem Grund haben sich vor einem Monat die Unternehmerinnen zusammengeschlossen und den Förderverein übernommen. Der war zuvor mit Externen besetzt, jetzt ist er intern besetzt. Wir entwickeln z. B. unter anderem momentan ein Papier, das den Mehrwert unseres Hauses für den Bezirk und auch für die Stadt verdeutlichen soll, also was bei uns im ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen, vor allem aber auch im kreativ- und gründungsinnovativen Sinne an Wert erwirtschaftet wird, jetzt und hoffentlich auch in Zukunft.

Bisher sind ca. 1 Mio. Euro an Mieteinnahmen in die Sanierung des Hauses geflossen. Es gibt Lottomittel, die verwendet wurden, und natürlich persönliche Investitionen der Unternehmerinnen. Es gab übergreifende Kunstprojekte zw. Unternehmerinnenseite und den Künstlern. Die wurden mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert. Es besteht ein leider sehr großer Sanierungsrückstau, vor allem am Dach und an der Fassade. Solange unsere Trägerschaft nicht geklärt ist, wird es zu keinen Investitionen kommen.

Durch das Fraueninfrastrukturprogramm des Senats wurde für zwei Jahre eine Koordinierungsstelle gefördert. Das war sehr hilfreich für das Haus. Heute gibt es zwei Bürger/-innen-Arbeitsplätze im Haus. Wir würden gerne da auch wieder in eine offiziellere Form der Arbeit der Vertretung des UCW kommen. Die Mieten entsprechen heute der ortsüblichen Miete, und alle Unternehmerinnen im Haus arbeiten wirtschaftlich erfolgreich, haben sich also etabliert. Das UCW, könnte man sagen, wurde im Bezirk als ein sehr besonderes Modell im Bezirk Wilmsdorf-Charlottenburg entwickelt und muss sich durch diese veränderten äußeren Bedingungen einfach weiterentwickeln. Wir als Unternehmerinnen sehen das als Chance vor allem zur Konsolidierung des UCW, der Überführung vom Projekt hin zur Institution. Wir sehen das auch als Stärkung unserer Selbst- und Mitbestimmung im Haus. Wir wollen das Projekt UCW konzeptionell weiterentwickeln. Stichworte sind da: Solounternehmerinnen, Sologründerinnen in ein Netzwerk holen, Co-Working-Spaces, eine Sharing-Economy und innovatives, soziales Entrepreneurship in der City-West etablieren. Wir sind das U in Charlottenburg-Wilmsdorf, sagen wir mal ganz selbstbewusst.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Boehning! – Als Nächster Herr Rath!

Ralf-Michael Rath (Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e. V. – UVB –): Vielen Dank für die Einladung! – Ich möchte eine einschränkende Vorbemerkung machen: Sie haben an unserer Stellungnahme gesehen, dass wir uns seit 1995 mit Existenzgründungen beschäftigen. Das macht mein Kollege Sven Weickert, der heute auch gekommen wäre, der aber im Urlaub ist. Seit dieser Zeit bin ich für das Handlungsfeld Frauen und Wirtschaft zuständig, oder intern verkürzt und eigentlich falsch gesagt: der Frauenbeauftragte der UVB, aber das ist die Einschränkung mit diesem Thema Unterstützung von Existenzgründung. Mit Gründerinnen haben wir uns bisher noch nicht beschäftigt. Ihre Einladung hat uns unter Druck gesetzt, uns auch dieses Themas anzunehmen. Das, was in der Zeit seither möglich war, liegt Ihnen schriftlich vor. Ich hoffe, Sie finden es nicht zu dünn, aber mehr war nicht möglich.

Ich habe Ihnen mit Absicht noch einmal aufgeschrieben, was wir machen, mit Internetadressen, weil ich da auch Kooperationsmöglichkeiten und deren Ausweitung sehe. Wir machen den Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg, dann das neue Portal „BPW Business“ als Projekt. Ich habe Ihnen auch die Themen aufgelistet, die zurzeit bei deGUT, also dem Deutschen Gründer- und Unternehmertagen aktuell sind. Wenn Sie sich die Themen anschauen, finden Sie keine spezifischen Themen für Existenzgründerinnen. Das wäre ja auch die Überlegung, ob die ausgeweitet werden, insbesondere für diesen Zweck.

Wir haben uns dann natürlich angeguckt, weil wir selbst wenig Erkenntnisse haben, wer gute Erkenntnisse hat. Wir sind auf diese beiden Studien gestoßen: die Studie der KfW-Bankengruppe, die aufgrund ihrer Gründungsberatungen vorschlägt, stärker noch auf die spezifischen Informationsbedürfnisse von Existenzgründerinnen einzugehen und dabei auf die Branchenwahl, die Einbindung von mitgründenden Teampartnern und die Anstellung von Mitarbeitern besonders abzustellen.

Ganz frisch ist die zweite Studie von Rambøll Management Consulting „Wachstumspotenziale inhaberinnengeführter Unternehmen – Wo steht Deutschland im EU-Vergleich?“, in der es da ein paar Interessensidentitäten zu unserer normalen Arbeit gibt. Interessant fand ich, dass wir mit 31 Prozent in Deutschland bei mit Inhaberinnen geführten Unternehmen im oberen Spitzenfeld liegen. Im Vergleich zu anderen Ländern, die untersucht wurden, sind wir sogar besser als alle anderen. Bei den Thesen oder Erkenntnissen der Studie möchte ich Ihnen ein paar nennen, die wir für besonders interessant halten, das sind nicht alle, aber die Aussage, Existenzgründerinnen müssen schon in Schule und Hochschule gewonnen werden, oder die Beratung und Unterstützung muss passend auf die Zielgruppe abgestimmt sein, das entspricht auch unseren Erfahrungen in anderen Bereichen. Interessant fand ich auch, dieses Vorbild erfolgreicher Unternehmerinnen als ein noch stärker positives Bild in der Gesellschaft zu setzen und das auch herauszustellen. Das finde ich gut. Kinderbetreuung in Deutschland muss ausgebaut werden. Das sagen wir auch für die abhängig Beschäftigten. Genauso halten wir es für richtig, MINT-Berufe in der schulischen Ausbildung immer noch stärker zu protegieren.

Unser Fazit: Wir unterstützen aus übergeordneten wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen Existenzgründungen. Ziel muss es sein, den Anteil von Frauen als Unternehmensgründende zu erhöhen und – das hört sich jetzt vielleicht ein bisschen sehr sachlich an – das volkswirtschaftliche Potenzial der Frauen für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erschließen. Die Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen für Existenzgründerinnen hilft aus unserer Sicht auch bestehenden Unternehmen, gut qualifizierte Frauen als Mitarbeiterinnen zu gewinnen. Insbesondere – ich sagte das schon – die Interessensidentitäten zwischen unseren normalen Kunden, also den Unternehmen, die abhängig Beschäftigte beschäftigen, und Existenzgründerinnen, sind Dinge, wo man noch intensiver diskutieren kann, ob und wie man sich vernetzt, also z. B. mit den hier vertretenen anderen Referentinnen. Da muss man natürlich klären, ob diese ein Interesse hätten, ihre Seiten mit BPW Business zu verlinken. Ich habe mal auf den Seiten von Gründerinnenzentrale, Goldrausch und WeiberWirtschaft nachgeschaut, das ist bisher nicht verlinkt. Das müsste man mit meinem Kollegen besprechen, genauso aber auch spezifische Themen bei Seminaren für Gründerinnen bei deGUT zu machen.

Ferner – das habe ich auch gesehen – hat das Bundeswirtschaftsministerium ein gesondertes Portal für Existenzgründerinnen. Da könnte man Richtung Land Berlin überlegen, ob man das auch hier befördert, einrichtet.

Dann fand ich in dieser Rambøll-Studie – das ist meine letzte Bemerkung – die Erkenntnis doch sehr interessant, dass Frauen als Existenzgründerinnen stärker als Männer nicht nur Umsatz und Gewinnorientierung im Blick haben, sondern auch einen Anspruch, durch ihre Tätigkeit einen sozialen Beitrag zu leisten. Ich habe deshalb die Frage in den Raum gestellt, vielleicht sind deshalb Existenzgründerinnen als künftige Unternehmerinnen ja auch affin für eine Mitgliedschaft in sozial- und tarifpartnerschaftlich ausgerichteten Arbeitgeberverbänden. Also: Herzlich willkommen!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Rath! – Als Nächste Frau Hecker, bitte!

Ines Hecker (Goldrausch e. V.): Herzlichen Dank für die Einladung hier zum Ausschuss. – Herr Rath hat eine wunderbare Steilvorlage für alle, die jetzt noch kommen, geliefert. Danke schön dafür!

Ich stehe für Goldrausch e. V., seit 1982 am Markt als ein Verein, der Frauen unterstützt, die ihren eigenen Arbeitsplatz schaffen und erhalten wollen. Das heißt tatsächlich, wir wollen Gründerinnen und Unternehmerinnen finanziell unterstützen. Wir haben als Alleinstellungsmerkmal, dass wir kleine Darlehen, Mikrodarlehen, an Frauen vergeben, die sich selbstständig machen bzw. ihre unternehmerische Tätigkeit weiter ausbauen, weitere Standbeine schaffen wollen.

Wir sind seit 2010 ein akkreditiertes Mikrofinanzinstitut und als solches vergeben wir kleine Darlehen bis zu 10 000 Euro mit einer Laufzeit von drei Jahren an Unternehmerinnen. Wir haben in den letzten drei Jahren seit 2010 insgesamt 51 Darlehen vergeben, nur mal als statistischen Wert, mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 25 Monaten und einer durchschnittlichen Höhe von 3 200 Euro. Das entspricht durchaus dem Kapitalbedarf, den Gründerinnen häufig haben, denn Gründerinnen – das ist leider immer noch so, daran arbeiten wir aber auch – sind häufig sehr risikoscheu und beantragen, wenn sie eine Idee umsetzen wollen, nicht so viel Geld. Sie wollen sich einfach nicht hoch verschulden und sind dann eher offener für eine Stufenfinanzierung. Das heißt, sie gehen mit einer kleinen Finanzierung von 1 000, 2 000 Euro rein und setzen dann nach ein, zwei Jahren noch einmal eine größere Finanzierung drauf, noch einmal 3 000, 4 000 Euro, wenn sie wissen, das Unternehmen läuft und sie können die Raten auch zurückzahlen. Das ist wirklich eine ganz große Angst, die Gründerinnen haben, dass sie dieses Darlehen nicht zurückzahlen können.

Mit diesem Mikrofinanzierungsprogramm, das wir bieten, ist es möglich, genau auf diese Bedürfnisse zu reagieren. Das heißt, wir können solche Stufenkredite vergeben und haben auch als Mikrofinanzinstitut einen gewissen Spielraum, um auf besondere Bedürfnisse von Gründerinnen, wenn sie denn in Zahlungsschwierigkeiten sind, tatsächlich auch einzugehen. Das wird sehr positiv angenommen. Wir haben jetzt seit dem letzten Monat, seit Februar eine Kooperation mit der WeiberWirtschaft, weil wir tatsächlich im letzten Sommer die Situation hatten, dass das Geld alle war, sage ich mal so. Sie haben uns Kapital als Sicherungskapital zur Verfügung gestellt. Diese Kooperation mit der WeiberWirtschaft hat es uns ermöglicht und die Lage versetzt, ein Budget von 280 000 Euro vergeben zu können. Das macht uns Mut.

Wir wollen damit natürlich auch den Gründerinnen Mut machen und Unternehmerinnen unterstützen. Wir können jetzt auch Darlehen bis zu 10 000 Euro vergeben.

Fokus Zielgruppe, ganz kurz: Frauen 45 plus. Im letzten Jahr waren tatsächlich 50 Prozent der Kreditantragstellerinnen über 45 Jahre. Eine andere Schwerpunktgruppe sind die Migrantinnen. Es gründen ja – das haben Studien auch ergeben – in der Regel doppelt so viele Migrantinnen als deutsche Frauen Unternehmen. Auch hier noch einmal die Ansprache von uns an diese Zielgruppe, Mikrokredite in Anspruch zu nehmen, weil auch diese wie die andere Zielgruppe 45 plus doch einen erschwerten Zugang zum Kapitalmarkt haben. Das ist definitiv so.

Wir, der Verein Goldrausch e. V., sind in diesem Jahr dabei, uns bei einem EU-Programm noch einmal auf einer europäischen Ebene bewerten zu lassen – das ist so eine Art Ratingverfahren –, um zukünftig entsprechend dazustehen und entsprechend Mittel akquirieren zu können, die für uns als Haftungskapital gelten.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank für den kurzen, aber erhellenden Vortrag! – Als Nächste Frau Dr. Wilpert, bitte!

Dr. Czarina Wilpert (Initiative selbstständige Immigrantinnen e. V.): Vielen herzlichen Dank an den Ausschuss und die einzelnen Mitglieder – Frau Senatorin grüße ich auch heute! – für die Chance, etwas von der Initiative selbstständige Immigrantinnen in dieser Öffentlichkeit vorzutragen. Ich muss sagen, die korrigierte Fassung meines Beitrags ist jetzt angekommen. Die lieben Mitarbeiterinnen haben einige Kopien gemacht und mitgebracht. Ich kann das natürlich nicht alles vortragen, was dort vorliegt, aber ich würde gern kurz etwas über die Geschichte der ISI vortragen. Die Initiative selbstständige Immigrantinnen ist 1990 von Immigrantinnen verschiedener nationaler ethnischer Herkunft gegründet worden. Das „efi“-Projekt erhält eine Zuwendung von der Senatsverwaltung Arbeit, Integration und Frauen. Damals, als wir die erste Zuwendung bekommen haben, war sogar die erste Frauensensorin Anne Klein dafür verantwortlich, die erste Zuwendung zu genehmigen.

ISI wurde 1990 gegründet, als viele Immigrantinnen der ersten Generation, die Arbeitsmigrantinnen und Pionierinnen, arbeitslos geworden sind. Damals war das Ziel, die Möglichkeit zu schaffen, den eigenen Arbeitsplatz zu schaffen, und die Umsetzung nicht anerkannter Ressourcen von Immigrantinnen. Ich muss unterstützend sagen, dass es viele Frauen – nicht alle, aber viele – der zweiten Generation gab, die gesagt haben: Unsere Mütter haben sehr viel Ressourcen, sehr viel Fähigkeiten; jetzt sind sie arbeitslos geworden, was kann man machen?

Warum soll überhaupt ein spezifisches Angebot für Immigrantinnen gemacht werden? Wo sind die Barrieren und Hindernisse, mit denen unsere Teilnehmerinnen konfrontiert sind? Was versuchen wir, damit zu machen? Es ist bekannt heute – ich brauche in dieser Runde nicht so viele Punkte zu bringen –, dass Immigrantinnen im Vergleich zu Frauen deutscher Herkunft mit erschwerten Bedingungen auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu kämpfen haben. Sie sind in Bezug auf ökonomische Integration als Selbstständige, aber auch als abhängig Erwerbstätige mit einer Vielzahl von Barrieren und Hindernissen konfrontiert.

Erstens: Die deutsche Wirtschaft hat sich noch nicht bereit gezeigt, Immigrantinnen und Frauen mit Migrationshintergrund für höhere Positionen einzustellen oder ihre berufliche Aufwärtsmobilität zu pflegen. Es gibt eine Reihe von Untersuchungen, die das bestätigen. –

Zweitens gibt es immer noch die Problematik der Nichtanerkennung von Abschlüssen und Arbeitserfahrungen aus den Herkunftsländern trotz der Fortschritte, die durch neue Bundesregeln erzielt wurden. – Sie haben unterbrochenen Arbeitsbiografien. Darüber hinaus erleben Migrantinnen – als geschiedene, getrennt lebende Frau oder alleinstehende Mutter – in der Gesellschaft mehrfach Diskriminierungen. Davon haben Sie sicher öfter einmal gehört. Das sind auch zum Teil Frauen, die zu ISI kommen. Wir versuchen, auch sie in ihrer Suche zu unterstützen.

Dementsprechend gibt es auch Schwierigkeiten, wenn die Frauen mehrere Jahre mehrere Jahre ohne feste Erwerbstätigkeit sind, zum Teil noch nie in der deutschen Gesellschaft erwerbstätig waren. Diese Frauen kommen zu uns, suchen eine Chance, obwohl sie eine gute Ausbildung haben, um eine Bürgerschaft in Deutschland zu bekommen. Eine Bürgerschaft ist ein Beispiel; es ist schwierig, überhaupt eine Unterstützung für eine Finanzierung zu bekommen. – Dann gibt es auch im Umgang mit den Behörden eine kulturelle Distanz, das heißt, fehlende Erfahrung mit den Gepflogenheiten von Behörden, was ein Hindernis ist. Es gibt aber auch Diskriminierung im Umgang mit den Kunden in verschiedenen Einrichtungen, wo beraten wird, bei Banken, im Jobcenter usw. Diese Diskriminierungserfahrung schafft eigene Hemmungen gegenüber Behörden und Banken. Da versuchen wir auch, den Immigrantinnen den Umgang mit Behörden zu erleichtern. Die Frage ist natürlich, was auch die Gesellschaft und die politischen Instanzen da tun können.

Notwendig ist die Beherrschung der deutschen Fachsprache – wie sie in meinem Vortrag hören können – und die Überwindung von Sprachfehlern und vor allem die Selbstbehauptung, der Abbau von Ängsten, Fehler zu machen.

Aber ich würde gerne auf den Mangel an Diversitykompetenzen und Aufklärung von Kunden seitens der Behörden, Banken und anderer Beratungseinrichtungen hinweisen. Obwohl man merkt, dass sich mehr Immigranten selbstständig machen werden, haben kleinere Untersuchungen in der Vergangenheit eindeutig gezeigt, dass die Mehrheit trotzdem weniger Kenntnisse von den öffentlichen Fördermitteln hat, die sie in Anspruch nehmen können. Das heißt, die haben keinen Zugang zu diesen Mitteln, die haben kein Bewusstsein, dass sie existieren. Bei ISI versuchen wir, unseren Teilnehmern das zu ermöglichen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Frau Dr. Wilpert! Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

Dr. Czarina Wilpert (Initiative Selbstständiger Immigrantinnen e. V.): Ich möchte nur noch sagen: Wir haben einen modularen Ansatz. Das kann man im Internet anschauen, die Website ist bekannt, wir haben auch Flyer hier. Die Vorschläge, die wir haben, um unseren Frauen eine bessere Chance zu geben, Immigranten eine bessere Chance zu geben, sich selbstständig zu machen, sind einerseits: Zugang zu Krediten. Es gibt Zugang zu Krediten, die Hürden sind aber sehr hoch. Es gibt die Weigerung der Grundsicherungsstellen beim Jobcenter oder anderswo, die Selbstständigkeit trotz der Zusage der Banken für einen Kredit zu genehmigen. Es gibt die Differenzen mit den Behörden. – Das ist alles, was ich jetzt vortragen kann. Ich hatte noch einen Punkt bezüglich ALG I und II. Vielleicht können wir das nachher machen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Ja, wir haben noch Zeit. Das war jetzt der Einstieg. – Frau Ripking!

Antje Ripking (Gründerinnenzentrale – Navigation in der Selbstständigkeit): Ich glaube, ich kann das ein bisschen verkürzen. Wir haben ja alle die gleichen Zahlen, die gleichen Untersuchungen, und es ist schon eine ganze Menge gesagt worden. Auch ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung zum Thema „Unterstützung von Existenzgründerinnen“. Die gute Nachricht ist: In Berlin finden Existenzgründerinnen eine sehr viel komplexere Beratungs- und Vernetzungsstruktur vor als in vielen anderen Bundesländern. Darum werden wir auch sehr beneidet von vielen Frauen, die zu uns in die WeiberWirtschaft, in die Gründerinnenzentrale kommen. Dennoch: Das Potenzial für Existenzgründungen ist bei Frauen noch bei Weitem nicht ausgeschöpft. Weshalb gründen weniger Frauen als Männer ihre eigenen Unternehmen? – Auch da hat Herr Rath eben schon gesagt: Es sind auf der einen Seite Informationsdefizite, es ist die Suche nach einer adäquaten Beratung in Berlin. Frauen verfügen auch nicht über ein so gut ausgebautes Netzwerk von Unterstützungen – weder im privaten noch im externen Bereich. Insgesamt haben sie auch viel weniger Ressourcen zur Verfügung. Es gibt Maßnahmen – auch die wurden schon angesprochen – wie niedrigschwellige Erstangebote, auf die spezielle Lebenssituation von Frauen – ganz wichtig – ausgerichtete und qualitativ hochwertige Gründungsberatung, bessere Vernetzungsangebote und last but not least die Schaffung und Kommunikation positiver Identifikationsmodelle. Das halte ich für einen Punkt, der im Lauf der Zeit immer wichtiger geworden ist.

Insgesamt gibt es einen Strukturwandel im Gründungsgeschehen, der sich durch Faktoren auszeichnet, die eben auch schon genannt wurden. Quantität: Es gibt immer mehr Existenzgründungen. Vor allem bei Frauen gibt es eine stetig wachsende Zuwachszahl von Gründungen. In Berlin liegt die Zahl der Existenzgründungen bei 36 Prozent, höher als in der gesam-

ten Republik. Dennoch zeigt die im Vergleich geringere Zahl, dass es da ein großes, noch nicht ausgeschöpftes Gründungs- und wirtschaftliches Entwicklungspotenzial gibt.

Soloselbstständigkeit ist angesprochen worden. – Bei der Finanzierung ist vielleicht noch spannend: 80 Prozent aller Frauen, die gründen, haben einen Finanzierungsbedarf von bis zu 5 000 Euro. Gerade das Geld für diese geringen Bedarfe ist ganz schwer zu bekommen, und da ist es natürlich super, dass es jetzt so ein zusätzliches Angebot wie das von Goldtausch gibt.

Viele gut ausgebildete Frauen drängen in die Selbstständigkeit. Motivation sind die immer noch fehlenden Aufstiegschancen, und – das ist noch nicht gesagt worden, das hat mich gewundert – es gibt ein neues Phänomen, die Mompreneurs. Die gründen auch wegen der mangelnden Flexibilität bei ihren Arbeitsstellen. Im Vorfeld habe ich mit Herrn Reinhard über das Thema Existenzgründung ist gar nicht mehr so sehr eine Lebensentscheidung, sondern eine Lebensabschnittsentscheidung gesprochen. Es ist eine Übergangslösung zwischen Arbeitslosigkeit und Festanstellung.

Thema Projektförmigkeit: Bei vielen jungen Leuten – das kenne ich auch von meiner eigenen Tochter und deren Umfeld – wird Selbstständigkeit immer projektförmiger. Es gibt viele verschiedene Varianten, Teilselbstständigkeit, noch angestellt in einem Arbeitsverhältnis, verschiedene Mischformen. Gründung findet im Dienstleistungsbereich statt. Prekarisierung ist ein Thema, das nicht nur Frauen betrifft, aber zusätzlich gibt es noch eine ganz starke Einkommenslücke bei Selbstständigen. Selbstständige Frauen bekommen 34 Prozent weniger für ihre Arbeit als selbstständige Männer. Da sind – auch das wurde hier angesprochen – kleinteilige Vernetzungsangebote und Formen solidarischer Zusammenarbeit wichtig. Co-Working-Space und Gründerinnenzentren sind angesprochen worden. Berlin verfügt im Augenblick über drei Standorte. Das ist einmal HAFEN in Marzahn, es ist das UCW, es ist die WeiberWirtschaft in Mitte, und es gibt eine schöne neue Idee, das Gründerinnenzentrum Steglitz-Zehlendorf, das jetzt auf genossenschaftlicher Basis initiiert wird und natürlich dringend der Unterstützung bedarf.

Der Berliner Senat fördert sehr viele, im Augenblick optimal aufeinander abgestimmte frauenspezifische Angebote zur Vernetzung, Orientierung, Qualifizierung und Beratung. Zu nennen sind hier als Stichworte Akelei, Berufswegplanung mit Frauen, Economista, die Gründerinnenzentrale und ISI. Die Projekte sind ESF-finanziert, und ihre Zukunft ist unsicher, obwohl sie eine wichtige Aufgabe wahrnehmen. Die Gründerinnenzentren sind voll ausgelastet. Die WeiberWirtschaft hat eine lange Liste von 60 Frauen, die warten. Das UCW ist ausgelastet. Die Existenzgründungskurse in den Projekten werden in hohem Maße nachgefragt. Ich denke, wir alle können gemeinsam zukünftig dazu beitragen, das bislang unausgeschöpfte Potenzial weiblicher Gründungen zu erhöhen.

Eins muss ich aber unbedingt sagen. Ich habe mich sehr gefreut über das Angebot von Herrn Rath bezüglich einer intensiveren Kooperation. Die WeiberWirtschaft macht in Verbindung mit der Gründerinnenzentrale die einzige rein frauenspezifische Veranstaltung für Existenzgründungen im Rahmen des BPW. Eingeladen sind dort auch alle Frauenprojekte, die sich im Rahmen der Existenzgründung vorstellen und auch den Gründerinnen vorstellen können. Und zum Thema Gründerinnenportal: Auch da hat die Gründerinnenzentrale eigentlich die Position, die die BGA im Großen hat. Für Berlin gibt es: www.gruenderinnenzentrale.de.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen herzlichen Dank! Vielen Dank an die Anzuhörenden für die erste Runde! – Frau Senatorin, bitte!

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich auch ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken. Ich denke, wir haben zu den spezifischen Fragestellungen, wenn es um Frauen in unserer Stadt geht, die sich selbstständig machen wollen, schon sehr viel gehört. Aus Senatssicht möchte ich dazu sagen, dass das auch ein Schwerpunkt unserer Politik ist, nicht nur, weil Berlin eine Gründungshauptstadt ist – die Gründungsgeschehnisse in unserer Stadt sind ja insgesamt sehr erfreulich –, sondern auch, weil viele Gründungen in unserer Stadt durch Frauen passieren. Die Zahlen wurden ja hier genannt. Wir sehen da auf jeden Fall auch weitere Potenziale für unsere Stadt. Die Spezifika, die wir beobachten, wurden hier eben auch bestätigt, nämlich dass sich Frauen mehr im Dienstleistungsbereich selbstständig machen. Sehr auffällig ist der hohe Akademikerinnengrad bei den Gründerinnen und vor allem, dass sie sehr kleinteilig starten – deswegen auch der Hinweis auf den Finanzierungsbedarf im Kleinstkreditbereich.

Probleme ganz spezifischer Art gibt es auch. Das ist die Einkommenssituation. Die selbstständigen Frauen in unserer Stadt verdienen weitaus weniger als die Männer. Sehr auffällig ist auch, dass die Selbstständigkeit nur ein Zuerwerb ist. Das hat auch ganz spezifische Gründe, diese muss man mitbeachten. Natürlich wollen wir auch stärker Frauen unterstützen, sich selbstständig zu machen. Aber ich finde, dieser Hinweis auf die Situation von Frauen, die selbstständig sind in diesem kleinen Bereich, und darauf, dass sie mit ihren Einkünften dort ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können und es deswegen auch noch viele Frauen gibt, die aufstocken müssen, gehört auch zur Realität.

Wir unterstützen natürlich Gründungsgeschehnisse, weil sie die eigenständige Existenz sichern in der Hoffnung, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, aber natürlich auch, weil Existenzgründung insgesamt Innovation mit sich bringt und auch die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt verbessert. Ich danke auch Frau Ripking, dass sie hier auch klar benannt hat, dass Berlin gut aufgestellt ist. Wie kann man die Frauen unterstützen? – Natürlich geht es da um finanzielle Unterstützung von Unternehmerinnen, es geht aber auch um ganz konkrete Beratung und Coachingangebote, die die Frauen sehr individuell begleiten und unterstützen. Einige wurden genannt. Ich möchte neben den Aktivitäten, die in der Zuständigkeit der Wirtschaftsverwaltung liegen – – Dieser Gendergedanke ist ja eine Querschnittsaufgabe, insofern ist es auch wichtig, dass die Wirtschaftsverwaltung in ihre normalen Unterstützungsstrukturen den Genderaspekt verstärkt hineinnimmt. Das ist schon der Fall. Es gibt den Berliner Unternehmerinnentag. Die Genderorientierung bei der Wirtschaftsförderung im Kreativbereich ist ein großes Thema. Aber auch auf dem Portal „Gründen in Berlin“ gibt es Hinweise auf Frauenprojekte. Mehr Gender beim Innovationspreis ist auf jeden Fall ein Thema, wo Gender ausdrücklich als Kriterium verankert ist. Aber auch die Mikrokreditförderung bei der IBB ist in diesem Bereich sehr wichtig, und auch bei der Bürgschaftsbank beobachten wir, dass sie einen hohen persönlichen Einsatz bei der Frauenförderung hat, was man an der Stelle auch positiv benennen muss.

Gründungsförderung an Hochschulen, wo ja auch sehr viele Gründungsgeschehnisse zu verzeichnen sind, ist natürlich auch aus Gendergesichtspunkten von Interesse. Mein Haus fördert eine Reihe von Projekten. Ich will sie nur einmal kurz aufzählen, ohne gezielt auf die Arbeit einzugehen, einige wurden hier auch schon ausführlich vorgestellt: Goldtausch e. V., Gold-

tausch Künstlerinnenprojekt art IT über Fraueninfrastrukturstellen – da geht es um Mikrokreditvergabe –, ISI e. V., Akelei e. V. auf doppelte Weise, Economista, Gründerinnenzentrale in der WeiberWirtschaft, Kompetenzzentrum für Handwerkerinnen bei BFW GmbH und Unternehmerfrauen im Handwerk, UFH. Das sind Bereiche, die wir mit Landesmitteln direkt unterstützen.

Abschließend will ich auch darauf hinweisen, dass ich vor wenigen Tagen den Frauenpreis 2013 verliehen habe. Dieser Preis ist an Frau von der Bey gegangen. Das sollte auch ein Zeichen dafür sein, dass Berlin nicht nur eine Hauptstadt der Gründungen, sondern auch der Gründerinnen ist. Sie hat diese Auszeichnung bekommen, weil sie lange Jahre bei der WeiberWirtschaft mit dem Netzwerk, das sie dort genossenschaftlich aufgebaut haben, viele Frauen unterstützt hat, diesen Weg in die Selbstständigkeit auch erfolgreich zu gehen. Ich habe mich besonders über diese Preisverleihung gefreut. Ich denke, dass auch Öffentlichkeitsarbeit und positive Vorbilder in der Öffentlichkeit ganz wichtig sind, damit viele junge, aber auch ältere Frauen sehen können, dass es in Berlin durchaus Unterstützungsmöglichkeiten gibt und dass sie nicht alleingelassen werden, wenn sie sich auf diesen schwierigen und langen Weg der Selbstständigkeit machen. – Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke, Frau Senatorin! – Wir kommen zur Aussprache. – Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Im Grunde genommen wurde hier alles schon gesagt. Ich kann nur bestätigen, dass wir in Berlin tatsächlich eine komplexe Beratungs- und Vernetzungsstruktur haben, die, wenn man sie mit anderen Bundesländern vergleicht, wirklich vorbildhaft und gut ist. Inzwischen redet man ja auch von der Feminisierung der Existenzgründungen. Die Zuwachsraten sind enorm, Frau Ripking hat es gesagt, sie beträgt 36 Prozent. Natürlich ist es so, dass die Potenziale mit 36 Prozent nicht voll ausgeschöpft sind und hier nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Aber ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir uns in unserer Regierungszeit als SPD-Linke-Regierung sehr intensiv um die Selbstständigkeit, also die Förderungsinstrumente für Existenzgründerinnen und deren Weiterentwicklung gekümmert haben. In dem Zusammenhang war es vielleicht einfacher für uns, denn wir hatten einen Ressortzuschnitt, bei dem Wirtschaft und Frauen in einer Hand waren. Deswegen haben wir vieles auf den Weg gebracht. Das kann man alles in der Broschüre „Berlinerinnen – selbstständig!“ lesen. Sie ist von 2006, aber sehr aktuell. Natürlich muss weiterhin eine Politik betrieben werden, die Gründerinnen und Gründer fördert. Der politische Wille muss da sein, und ich glaube schon, dass er da ist. Wichtig ist die ständige Weiterentwicklung dieser Instrumentarien, die wir haben, denn wenn sie nicht weiterentwickelt werden, bleiben wir auf dem Status quo. Ich glaube, das ist nicht unser Anliegen.

Ich möchte mich auch bei den Anzuhörenden herzlich bedanken für ihre Stellungnahmen. Sie haben einen großen Bogen gespannt, eine Vielzahl von Fragen wurde hier angesprochen. Ich möchte mich nur auf einen Punkt konzentrieren, und zwar die Selbstständigkeit der Frauen mit Migrationshintergrund. Für sie ist die Selbstständigkeit eine wichtige Chance, um überhaupt in ein Erwerbsleben zu kommen. Aber ich sage auch, dass sie kein Allheilmittel ist. Wenn es keine andere Möglichkeit gibt, wählen viele Frauen mit Migrationshintergrund diesen Weg. Es gibt verschiedene Gründe dafür, sei es als Weg aus der Arbeitslosigkeit, sei es als Möglichkeit, Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, oder einfach, um sich mit eigenen Ideen auf dem Markt zu behaupten und Arbeitsplätze zu schaffen. Frau

Dr. Wilpert ging in ihrem Statement besonders auf die Gründung von Unternehmen von Migrantinnen ein. Für Migrantinnen ist es tatsächlich eine Möglichkeit, in Erwerbstätigkeit zu kommen, aber es gibt viele Probleme, die sie auch schon angesprochen hat: die im Herkunftsland erworbene Ausbildung, die nur teilweise anerkannt wird, und insbesondere die interkulturelle Kompetenz. Eigentlich ist sie ein Vorteil, aber als solche wird sie nach wie vor nicht gesehen. Wir haben da ganz viele Schwierigkeiten.

Unterschiedliche Kulturen – das will ich hier auch mal ganz unbefangen sagen – bringen unterschiedliche Unternehmensideen ein. Ich kenne viele Frauen, die bei ISI in die Gründung gegangen sind und viele verschiedene Ideen hatten, auf die wir selbst vielleicht nicht gekommen wären. Frauen aus Peru, aus vielen verschiedenen Ländern, nicht unbedingt EU-Ländern, sind da sehr ideenreich. – Was hier auch erwähnt wurde, war: Sie brauchen insbesondere Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, Hilfe bei der Überwindung der bürokratischen Hürden, beim Erstellen eines Businessplans, bei der Kinderbetreuung und Kapitalbeschaffung. Das sind die Fragen und Probleme, die die Frauen doppelt treffen. Frau Wilpert hat von Mehrfachdiskriminierung gesprochen, zum einen, weil sie eine andere ethnische Herkunft mitbringen, und zum anderen als Frau. Da sind sie doppelt benachteiligt.

Jetzt komme ich zu meinen Fragen. Ich möchte wissen, was die Senatorin tun könnte, um diese Mehrfachdiskriminierung zu beseitigen. Frau Wilpert kann ja noch mal genau schildern, was diese konkreten Diskriminierungen sind, und dann würde ich gern von der Frau Senatorin wissen, was sie tun könnte, weil das, glaube ich, schon eine große Hürde ist.

Darüber hinaus: Wie kann man das Defizit von nicht vorhandenen interkulturellen Kompetenzen bei Mitarbeiterinnen – Frau Wilpert hat es gesagt – insbesondere der Jobcenter beseitigen? Ich finde es unfassbar, wie qualifizierte Menschen daran gehindert werden, ihre Qualifikationen einzubringen. Ich glaube, da verschwenden wir als Land wichtige Potenziale und verursachen Kosten. Wenn eine Schneiderin aus einem Nicht-EU-Land – das wird ja immer noch nicht anerkannt, obwohl wir hier in Deutschland weit sind – als Ungelernte registriert wird, dann ist das eine Verschwendung. Sie hat die Qualifikation, die muss nur anerkannt werden. Ich glaube, es gibt eine Lösung. Da wäre ein Gesetz sehr wichtig – Hamburg hat es schon vorgemacht mit seinem Landesanererkennungsgesetz –, das die mitgebrachten Qualifikationen gewissermaßen anerkennt. Ich möchte die Senatorin fragen, ob sie auch intendiert, so ein ähnliches Gesetz in Berlin zu entwickeln. Ich glaube, dass das erforderlich ist. 2011 wurde zwar das Bundesgesetz novelliert und um eine Europaklausel erweitert, was die Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen betrifft, aber es geht nicht weit genug. Viele Länder sind da ausgeschlossen. Ich glaube schon, dass ein Landesgesetz viel besser wäre.

Noch eine wichtige Problematik, die ich hier ansprechen möchte: Gründer, die sich aus dem ALG-II-Bezug heraus selbstständig machen wollen, haben bis vor Kurzem ein Einstiegsgeld von 50 Prozent der Regelleistungen zusätzlich zum ALG-II-Bezug erhalten. Diese Leistung zur Eingliederung von Selbstständigen konnte in der Regel in Höhe von bis zu 5 000 Euro je Einzelfall beantragt werden, wobei diese Leistung als nicht rückzahlbarer Zuschuss oder zinsloses Darlehen gewährt wurde. Ein solcher Gründungszuschuss machte Unternehmensgründungen für diese Zielgruppe überhaupt erst möglich. Nun aber wurde diese Muss-Leistung, soweit ich informiert bin, in eine Kann-Leistung – vielleicht können Sie mich da korrigieren – umgewandelt, und aufgrund hoher Anforderungen vonseiten des Jobcenters an den Gründer ist ein solches Darlehen für viele Menschen überhaupt nicht mehr zugänglich. Auch für

Migranten ist die Qualifikation, um an solche Gründungszuschüsse zu kommen, ganz schwierig.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Frau Sommer! Darf ich Sie auch bitten, zum Schluss zu kommen? Die anderen sind auch noch auf der Redeliste.

Evrin Sommer (LINKE): Die Zielgruppe Bedarfsgemeinschaften wurde hier überhaupt nicht angesprochen. Ich glaube, dass sie auch wichtig ist. Für Menschen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, sind diese Leistungen für Existenzgründungen überhaupt nicht zugänglich. Ist das so richtig? Wenn nein, dann korrigieren Sie mich! – Erst mal so viel. In der zweiten Runde würde ich gern noch einige andere Fragen stellen. Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Darf ich die anderen fünf Kolleginnen und Kollegen, die noch auf der Redeliste stehen, auch bitten, nicht länger zu reden als die hier Anzuhörenden, weil wir sonst nicht mehr in die Antwortrunde kommen. Wir werden heute ziemlich pünktlich um 12 Uhr Schluss machen. Wir haben auch noch drei Anträge auf der Tagesordnung. Deshalb würde ich bitten, die Ausführungen so zuzuspitzen – das können wir ja, wir haben ja gelernt, uns in fünf Minuten auszudrücken, oder sollten es mittlerweile können –, dass das in diesem Rahmen bleibt, weil wir sonst gar nicht mehr zu einer ausgedehnten Antwortrunde der Anzuhörenden kommen, die ja auch noch darauf warten, Ihre Fragen zu beantworten. – Als Nächstes Herr Kowalewski, bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Danke! – Erst mal an die Anzuhörenden: Es waren viele interessante Punkte, die wir gehört haben. Was mich ein bisschen geschockt hat, ist, dass allein bei der WeiberWirtschaft 60 Frauen auf der Warteliste stehen sollen. Man darf ja nicht vergessen: Das sind 60 Menschen, die gern wirtschaftlich tätig werden würden. Dass die das jetzt nicht machen können, nur weil die Gründerinnenzentralen überlastet sind, ist natürlich sehr schade. In dem Zusammenhang würde mich interessieren, wie der Auslastungsgrad bei den anderen ist. Gerade im Hinblick auf die Auslastung: Wir haben jetzt die ESF-Fördermittel, die voraussichtlich ab 2014 – es ist ja noch nicht ganz klar, aber zumindest sehr wahrscheinlich – in ziemlich krassen Ausmaßen wegbrechen werden. Wie soll dann die Förderung weiter funktionieren? Gibt es da vom Senat schon irgendwelche Kompensationsideen? Es wäre sehr schade, wenn diese wertvolle und wichtige Arbeit jetzt daran scheitern sollte, dass aus der EU weniger Geld kommt.

Es gibt zwei wichtige Punkte, auf die ich mit Fragen eingehen will, einerseits die Finanzierung: Da haben wir von Frau Hecker gehört, dass viele Gründerinnen eine Stufenfinanzierung vornehmen, was ja erst mal sehr vernünftig klingt, also erst mal ausprobieren, sozusagen den Fuß ins kalte Wasser halten, bevor sie einen großen Kredit aufnehmen und sich da im Zweifelsfall über viele Jahre verschulden. Von den Banken kommt aber immer das Gegenteil. Da hört man immer, man solle doch gleich von Anfang an ausreichend finanzieren, denn wenn man das nicht täte, dann wäre das ja ein Beweis, das man nicht vernünftig planen kann. Eine Nachfinanzierung ist eigentlich nie möglich. In dem Punkt stellt sich die Frage gerade nach dem Mikrokredit der Investitionsbank Berlin, der ja tatsächlich als relativ unbürokratischer kleiner Kredit für den beruflichen Einstieg verkauft wird. Jetzt habe ich allerdings gehört: 60 bis 80 Prozent der Anträge werden nicht bewilligt. Da würde mich auch interessieren, warum das so ist. Die anderen Fördermöglichkeiten sind sehr schwer zu erhalten. Da muss man über eine Bank gehen. Die Banken haben natürlich auch keine Lust, sich für 5 000 oder 10 000

Euro den Stress zu machen, da einen Antrag zu bearbeiten. Also ist letztlich dieser Mikrokredit das wichtigste Förderinstrument, gerade für kleine Gründungen. Warum wird das so häufig abgelehnt?

Der andere Problemkomplex, den ich da herausgehört habe, ist der Beitrag zur Krankenversicherung. Es muss ja inzwischen jeder krankenversichert sein, es gibt ja das Pflichtversicherungsgesetz. Die Krankenversicherungen scheinen immer noch davon auszugehen, dass Selbstständige sehr viel Geld verdienen und das auch relativ gleichmäßig. Das heißt, wenn der Verdienst mal hochgeht, werden die Beiträge ganz schnell nach oben angepasst. Wenn der Umsatz allerdings einbricht, hat man erst mal sehr viel Bürokratie am Hals, bis man wieder bezahlbare Krankenkassenbeiträge hat. Ich denke, es wäre ein wichtiger Punkt, da vielleicht gerade für Unternehmerinnen und Unternehmer mit kleinen Unternehmen ein Angebot zu schaffen, damit sie nicht allein aufgrund der Krankenversicherung wieder beim Jobcenter landen und einen ALG-II-Antrag stellen müssen.

Dann haben wir gerade noch von den Mompreneurs gehört. Das fand ich ein sehr lustiges Wort. Das zeigt, dass anscheinend eine abhängige Beschäftigung in manchen Situationen schwierig ist. Die Frage ist natürlich, wie es dann mit der Selbstständigkeit ist, weil man auch da eine Möglichkeit haben muss, ein lückenloses Betreuungsangebot für sein Kind zu haben. Wenn irgendwelche Kundentermine platzen, weil gerade mal die Kita streikt oder so, ist das natürlich auch sehr ungünstig. Da stellt sich die Frage: Wie kann man gerade für Selbstständige, bei denen teilweise die Existenz davon abhängt, dieses Betreuungsangebot sicherstellen?

Zum Schluss: Frau Sommer! Sie sind gerade auf die Förderung für ALG-II-Empfänger, in die Selbstständigkeit zu kommen, eingegangen. Auch bei ALG-I-Empfängern wurde der Gründungszuschuss auf ein Viertel zusammengestrichen. Da stellt sich auch die Frage, wie sich das auswirkt. Natürlich ist es schwieriger, dann zu gründen, wenn man im Zweifelsfall keine Förderung bekommt. Der Plan ist, dass Menschen lieber wegen des geringeren Verwaltungsaufwandes dann in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis gehen. Die Frage, die sich dann natürlich stellt, ist, ob das in jedem Fall funktioniert oder ob nicht viele Menschen gerade in diesem Dienstleistungssektor, von dem wir gehört haben, dass da viele Frauen gerade gründen, tatsächlich als Selbstständige besser aufgehoben wären als in der abhängigen Beschäftigung. – Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Kowalewski! – Frau Dr. Czyborra, bitte!

Dr. Ina Czyborra (SPD): Ein paar kurze Fragen: Wie viele UCWs könnten wir denn füllen, wenn wir sie hätten? Vielleicht mal eine grobe Abschätzung. Ich freue mich ganz besonders, dass auch die WeiberWirtschaft die Frauen im Südwesten unterstützt und hoffe, dass wir da dann zumindest demnächst ein bisschen Platz für solche Vorhaben finden.

Mich interessiert noch: Gibt es besondere Hindernisse im MINT-Bereich? Wir haben ja eine ganze Menge Berichterstattung über die Startup-Szene in Berlin, die sehr erfolgreich ist. Leider werden dort zumindest Frauen nicht sichtbar. Vielleicht liegt das an der Berichterstattung, und sie sind da. Haben Sie da Anhaltspunkte? Das würde mich interessieren.

In dem Zusammenhang finde ich auch das Thema Crowdfunding ganz interessant. Das ist ja gerade groß in Mode. Man konnte auch Berliner Unternehmen z. B. auf der CeBIT sehen, die über Crowdfunding gerade ihr Wachstum finanzieren wollen, Carzapp z. B. Es gibt auch bei Ihnen Ansätze, wenn ich das richtig sehe.

Dann wurde der Unternehmerinnentag erwähnt. Wie wichtig ist er? Wäre es sinnvoll, ihn tatsächlich jährlich anzubieten? Würde das auch noch mal weiterhelfen? – Die prekäre Existenz wurde schon mehrfach angesprochen. Das ist in einer Gründungsphase vielleicht noch hinnehmbar, dass die Einkommen sich noch etwas am unteren Rand bewegen, aber die 34 Prozent Lohnlücke der selbstständigen Frauen weist darauf hin, dass hier Luft nach oben ist. Wie können selbstständige Frauen ihre Einkommenssituation soweit stabilisieren, dass sie dauerhaft auch vernünftig von ihrer Selbstständigkeit leben können? Muss man da auch in der Preisgestaltung mutiger sein? Hat das etwas mit den typischen Branchen zu tun, in denen Menschen wenig Geld für Dienstleistungen ausgeben wollen, oder fehlt es hier an Mut? Könnte man hier mal gemeinsame Initiativen starten, auch den Anspruch zu erheben, von der eigenen Arbeit in der Selbstständigkeit leben zu können? Was können wir da tun?

Dann wurde noch die projektförmige Selbstständigkeit angesprochen. Sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Erschwernis, weil das ja auch bedeutet, dass vielleicht ein Gewerbe, selbstständige Tätigkeit angemeldet, abgemeldet, steuerlich angemeldet und wieder abgemeldet wird? Wäre hier irgendetwas zu tun, um eine solche projektförmige Selbstständigkeit leichter zu machen, auch im Wechsel vielleicht zu Festanstellungen in Projekten usw.? Dass, wenn die Rahmenbedingungen gesetzlich festgelegt sind, hier flexible Mietverhältnisse oder Angebote in Räumlichkeiten, in denen eine solche projektförmige Selbstständigkeit stattfinden kann, nötig sind, ist klar, mit Co-Working-Space und solchen Sachen. Das wären erst einmal die wesentlichen Fragen. Ich entschuldige mich dafür, dass ich gleich weg muss, um mich um Mädchen und MINT-Fächer zu kümmern, aber ich habe ja auf jeden Fall das Protokoll und freue mich, das dann intensiv zu lesen. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke, Frau Dr. Czyborra! – Frau Radziwill, bitte!

Ülker Radziwill (SPD): Ich möchte mich auch für die Anhörung bedanken, für Ihre Äußerungen. – Meine Fragen gehen in Richtung Senatsverwaltung. Ich möchte zum einen wissen, ob aus Ihrer Sicht die Angebote an Existenzgründungsseminaren in Muttersprache in Berlin ausreichend vorhanden sind, ob Sie das noch weiter ausbauen möchten. Wir haben gehört, dass die Anzahl der Gründungen von Frauen, die einen Migrationshintergrund haben, stärker steigt. So habe ich es jedenfalls vernommen. Ich kann mich erinnern, dass wir das in Berlin vor einigen Jahren schon mal ganz gezielt gemacht hatten und das auch an die IBB angedockt haben. Da kenne ich den aktuellen Stand leider nicht. Ich möchte wissen, ob Sie die Angebote dort für ausreichend halten. Es ist so, dass Frauen nach der Existenzgründung dann noch mal eine Unterstützung brauchen, auch das ist mir in der Anhörung hier deutlich geworden, um den nächsten Schritt, nämlich das Größerwerden auch noch mal begleitet zu bekommen. Das Größerwerden ist meistens so, dass sie dann Personal einstellen. Die Frage wäre jetzt, ob Sie sich vorstellen können, auch mit den Instrumenten, die in Berlin-Arbeit stecken, sich noch einmal eine zusätzliche Unterstützung ganz gezielt für die Gründerinnen zu überlegen, um diesen nächsten Schritt des Größerwerdens und das Einstellen von Personal auch mit Bundesmitteln, die ja da sind, noch stärker zu begleiten.

Der zweite Fragenkomplex ist: Wenn wir von Gründung reden, ist das immer sehr schön, das hat etwas Positives. Als Sozialpolitikerin denke ich auch mal an die andere Seite der Medaille, wenn nämlich eine Gründung scheitert. Es gibt viele Frauen, gerade auch Migrantinnen, die in eine Situation fallen, wo die Männer eine Existenzgründung gemacht haben, und sie haften für viele Sachen mit, weil die Banken leider für das Unternehmen als solches keinen Kredit geben, und gerade nicht für kleinere Unternehmungen. Die Existenzgründung wird nicht sehr gut organisiert. Sie gehen zu schnell und unbedacht hinein, und dann scheitert diese Existenzgründung. Die Frauen haben für den Kredit mitgehaftet. Die Ehe scheitert. Sie haben die Kinder. Sie haben die Schulden meistens dann auch und sind über einen längeren Zeitraum mit sehr komplexen sozialen Problemlagen befasst. Welche Unterstützungen bieten wir diesen Frauen? Gibt es für sie ausreichend Unterstützungsstrukturen? Können wir vielleicht, wenn es sie nicht ausreichend gibt, gemeinsam ein Netzwerk so organisieren in Berlin, dass wir auch diese Frauen auffangen, denn eine gescheiterte Existenzgründung heißt nicht, dass man für das Leben gescheitert ist, sondern man lernt auch aus einer gescheiterten Existenzgründung und kann die Erfahrungen für andere, die gründen wollen, mitgeben bzw. die nächste Gründung dann besser organisieren.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Nun stehe ich auf der Redeliste. Ich möchte mich jetzt auch noch mal im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie heute zu dieser Anhörung erschienen sind. Ich habe nur noch ein paar ergänzende Fragen, es wurde ja schon sehr viel gefragt, und zwar konkretisierend noch mal an Frau Boehning vom UCW: Können Sie noch mal genauer erklären, das ist mir auch aus Ihrer schriftlichen Stellungnahme nicht ganz klar, welches Betreibermodell die Unternehmerinnen eigentlich vor Augen haben? Können Sie das vielleicht ein bisschen zugespitzter beantworten?

Eine Frage, die ich eigentlich an alle habe: Wenn Sie gleich antworten, können Sie bitte auch ganz konkret oder so konkret wie es geht, wie es Ihnen möglich ist, sagen: Vor welchen Herausforderungen stehen Sie gerade mit Ihrem Gründungszentrum? Wie können wir Sie auch konkret unterstützen?

Eine Bemerkung noch zu Herrn Rath: Ich fand es gerade sehr sympathisch, dass Sie auch schon in Urlaubsvertretung für den Kollegen, der eigentlich zuständig ist, hier erschienen sind und gesagt haben: Wir stehen noch ganz am Anfang. – Das ist auch eine Erkenntnis in einer solchen Anhörung, dass man sagt: Wir müssen da eigentlich noch besser werden, und wir müssen da mehr tun. Da gibt es jetzt eine Entwicklung, die geht gerade ganz stark los, und wir müssen dabei sein. Das freut mich sehr, dass auch Sie heute da waren und sozusagen an den Erkenntnissen teilhaben können. Ich hoffe, dass Sie alle Ihre Karten ausgetauscht haben und danach auch weiterhin in Kontakt bleiben. Ich glaube, das kann der Beginn einer ganz großen Freundschaft werden. Das wollte ich nur noch mal sagen und dieser Hoffnung Ausdruck verleihen. – Als Nächster bitte Herr Prof. Korte, bitte!

Dr. Niels Korte (CDU): Vielen Dank an die Damen und Herren Anzuhörenden! – Ich finde, dass alle klugen Fragen zu der Frage, wie bestehenden Gründungsvorhaben geholfen werden kann, gestellt sind. Deswegen möchte ich in aller Kürze nur eine Frage auf den Zeitpunkt vorverlagert stellen, bevor eine Gründung passiert, denn bevor eine Gründung passiert, muss erst einmal bei der Gründerin oder dem Gründer die Motivation geweckt sein, zu gründen, und es müssen gewisse Grundfähigkeiten und -fertigkeiten vorhanden sein. Dahin geht meine Frage: Wie kann aus Ihrer Sicht als Gründerinnen, als erfahrene Partner vieler Gründerinnen und Gründer, die Idee, zu gründen verstärkt gerade auch an junge Frauen und junge Menschen herangetragen werden, um sie überhaupt mit der Idee, die keine Selbstverständlichkeit ist, erst einmal zu konfrontieren? Das meine ich durchaus über die Gründerinnentage hinaus, denn wer da hingehört, hat schon eine gewisse Affinität und die Idee, zu gründen.

Wie könnte man aus Ihrer Sicht beispielsweise bei Absolventenmessen, die auch in Berlin in großer Zahl stattfinden, wie kann man in Hochschulen und Schulen die Idee der Unternehmensgründung als Option für den eigenen Lebenslauf besser verankern? Ich frage das durchaus als jemand, der sich da ein bisschen auskennt, weil ich vor knapp zehn Jahren mal an der Hochschule in Berlin für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Pflege selbst den Bereich Existenzgründungen aufgebaut und eingeführt habe, also ein Bereich, in dem 70 Prozent der Absolventinnen Frauen sind, in dem vieles passiert, was als „klassische Frauengründungsbereiche“ durchgeführt wird. Es war ein sehr lohnendes Unterfangen, die Idee der Gründung dort vorzustellen und den Studierenden und künftigen Absolventen erst einmal nahe zu bringen. Wie kann man das noch skalieren? Wie kann man das aufhalten auf andere Bereiche? Wie kann man das vorverlagern vielleicht auf solche Gründerinnen und Gründer in spe, die gerade

mit ihrer schulischen Ausbildung fertig werden? Da würden mich Ihre Ideen brennend interessieren. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Prof. Korte! – Ich haben noch zwei Personen auf der Redeliste, Frau Vogel und Frau Schillhaneck, und würde sie auch gerne schließen. Mit Blick auf die Uhr schaffen wir gerade noch eine Antwortrunde, und dann sind wir auch schon wieder am Ende der vorgesehenen Zeit. – Bitte, Frau Vogel!

Katrin Vogel (CDU): Ich mache es kurz, angesichts der fortgeschrittenen Zeit. Meine Frage richtet sich an Frau Hecker und ihren Verein. Ich finde das eine tolle Sache, was Sie da machen, die Existenzgründer auch mit Mikrokrediten zu unterstützen. Meine Frage ist: Wenn Existenzgründern in der freien Bankenwirtschaft versuchen, Kredite zu bekommen, droht oft eine Ablehnung. Wie hoch ist bei Ihnen die Quote von Anfragen, die abgelehnt werden? Wie hoch ist die Ausfallquote bei der Rückzahlung der Darlehen?

Eine weitere Frage an die Senatsverwaltung, ich weiß nicht, ob Sie es beantworten können, wenn nicht, würde ich mich auch freuen, wenn es nachgereicht wird: Wie viele Existenzgründer, die einen solchen Gründungszuschuss beantragt haben, finden denn dauerhaft den Weg in die Selbstständigkeit? Der Prozentsatz der Frauen dabei würde mich interessieren. Das war es auch schon. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke, Frau Vogel! – Als Letzte, Frau Schillhaneck, bitte!

Anja Schillhaneck (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe eigentlich nur noch zwei Fragen, die eine an Sie als Anzuhörende. Frau Ripking! Sie haben vorhin mit zwei Sätzen auf neuere Tendenzen in der Gründungsaktivität „Neue Motivation“, Sie nannten das Wort „Mompreneurs“, hingewiesen. Wenn man sich wissenschaftlich mit der Frage beschäftigt: Warum gründen Menschen? – und dann noch mal ganz genau guckt: Wo sind die Unterschiede in Motivationen, Ausgangslagen und Ähnlichem? – gibt es in den letzten Jahren ein paar neuere Entwicklungen, wo mich insgesamt von Ihnen allen interessieren würde: Wenn Sie jetzt sozusagen Ihre Gründungsunterstützungstätigkeit zehn Jahre weiterdenken, was glauben Sie, in welche Richtung organisierte Unterstützung der Gründung durch Frauen gehen muss? Welche Unterstützung brauchen Sie dafür möglicherweise auch von der Politik? Das ist die ganz spannende Frage in diesem Ausschuss.

An der Stelle hätte ich eine Frage an die Senatorin, und zwar wird einiges, was in dem Bereich gemacht wird, sehr gut durch ESF-Mittel und Ähnliches mitfinanziert. Das ist eigentlich eine ganz klassische Struktur. Das Europaparlament hat ganz deutlich Nein gesagt. Das kann man sicherlich auch nachvollziehen. Nichtsdestotrotz, völlig unabhängig davon, wie der mehrjährige Finanzrahmen letztendlich exakt aussehen wird, ist klar, in Berlin wird weniger Geld ankommen als bisher. Daher die Frage, mit welcher Priorität denn die Unterstützung von solchen Gründungsunterstützungsszenarien und Maßnahmen von der Senatsverwaltung behandelt wird. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Schillhaneck! – Jetzt zur Antwortrunde. Bitte, Frau Boehning!

Larissa Boehning (Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf – UCW –): Vielen Dank! – Ich würde gerne auf das Thema Mompreneurs antworten. Ich bin selber eine. Ich habe meine Kinder im nahen Kindergarten. Ich gehe in mein Büro. Ich kann sie, wenn man etwas schief läuft, früher abholen, in mein Büro setzen, oben in den Konferenzraum gehen, dort das Meeting halten, das ich habe. Es sind geradezu paradiesische Zustände, die ich habe, im Vergleich zu einer angestellten Tätigkeit. Aus dem Grunde habe ich auch gegründet und bin selbstständig und gehöre sozusagen zu dieser Gruppe.

Zum zweiten Punkt komme ich damit: Daran sieht man, wie wichtig eine solches Haus wie das UCW ist, wie wichtig es für uns wäre, dass wir ein Bekenntnis vom Bezirk bekommen, aber natürlich auch vom Senat, dass wir erhalten werden sollen und nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden sollen. Für uns als Unternehmerinnen wäre es zu diesem Zeitpunkt etwas sehr Gutes, wenn wir die große Schwester WeiberWirtschaft und ihre Expertise nutzen könnten, um mit ihr zusammen sozusagen die nächsten Schritte zu machen. Das ist eine geradezu sehr hervorragende Situation, die wir in Berlin haben. Warum nicht da die Kompetenzen bündeln?

Überhaupt scheint es mir, dass es ganz stark um Bündelung von Expertisen, von Kompetenzen geht, z. B. auch zu sagen: Man hat eine eigene Gründerinnenzentrale für Frauen mit Migrationshintergrund, für Migrantinnen, um das Empowerment zu leisten, um das Selbstbewusstsein zu fördern, die kleinen Pflänzchen im gemeinsamen Gewächshaus wachsen zu lassen, und eine solche Art Gewächshaus ist das UCW. Man kann dort am Anfang kleine Räume mit sehr geringem Investitionsaufwand mieten und ist gleichzeitig in diesem starken und auch stärkenden Netzwerk. Das ist das, was wir brauchen und wo wir natürlich das Bekenntnis der Politik brauchen: Das ist gewollt. Das soll erhalten bleiben. – Das wäre für uns sehr wichtig.

Eine kurze Antwort an Herrn Korte. Unsere Idee dazu wäre, immer etwas in Richtung Mentorinnen zu machen, also diese Vorbildfunktion zu stärken, dass Frauen, die gegründet haben, die erfolgreich sind, die weit oben sitzen in der Wirtschaft, in Unternehmen, Face to Face sich Gründerinnen annehmen und dort in der Gemeinschaft bestärkt zusammen die nächsten Schritte gehen. Ich glaube, so etwas wäre eine sehr gute Art und Weise, Frauen zu bestärken und auch größer zu denken, nicht unbedingt nur klein zu denken, sondern auch wirklich groß zu denken und groß weiterzugehen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Herr Rath, bitte!

Ralf-Michael Rath (Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e. V. – UVB –): Frau Kofbinger! Ich glaube, Ihre Hoffnung wird sich erfüllen. Wie muss man natürlich im Einzelnen klären.

Dann etwas zu Herr Prof. Korte: Herr Prof. Korte! Was mir spontan eingefallen ist zusätzlich zu dem, was schon passiert, ist: Ich finde es äußerst interessant, Sie müssen sich das auch mal angucken, diese sogenannten Wettbewerbe, Ergebnisse „Jugend forscht“. Ich war bei einigen Präsentationen dabei. Bisher war da nie jemand von der KfW oder irgendjemand, der Gründer berät. Wenn man zu einem solchen Wettbewerb „Jugend forscht“ auch mal jemanden als Fachmann bringt, der dann Schüler berät, wie man sich selbstständig machen kann, könnte das eine Idee sein. – Noch etwas, weil ich weiß, Sie interessieren sich auch für die USA. Wir brauchen auch eine andere Kultur des Scheitern-Könnens. Die amerikanischen Investoren

sagen, sie investieren dann nicht bei deutschen Existenzgründungen, wenn er oder sie nicht mindestens einmal gescheitert ist, denn dann verstehen sie nichts von Existenzgründungen. Vielleicht kann man da auch etwas machen.

Dann hieß es noch, Frauen mit Migrationshintergrund hätten Schwierigkeiten, Führungspositionen in Unternehmen zu bekommen. Ich weiß nicht, ob das so stimmt. Wir haben das mal in einem anderen Zusammenhang diskutiert. Frau Kolat hat sich z. B. nie bei Siemens beworben. Hätte sie das getan, wer weiß, wo sie dann heute wäre. – [Evrin Sommer (LINKE): Das sind Ausnahmen!] – Dann wissen wir auch – noch einmal in Richtung Herrn Dilmaghani –, die Bundesagentur definiert Migrationshintergrund nach dem Zeitpunkt, wann man zugezogen ist und ob ein oder beide Elternteile zugezogen sind. Wenn man Sie mit Frau Merkel vergleicht, sind Sie deutscher als Frau Merkel. Frau Merkel ist später mit ihrer Familie hier hergekommen als Sie.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön, Herr Rath! – Frau Hecker, bitte!

Ines Hecker (Goldrausch e. V.). Ich hoffe, ich behalte hier den Überblick. Es waren ja so viele Fragen. Frau Sommer hatte die Frage nach dem Gründungszuschuss und nach der Förderung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern und auch in Bedarfsgemeinschaften angesprochen. – [Zuruf von Evrin Sommer (LINKE): Für ALG I- und II-Empfänger und für Personen in den Bedarfsgemeinschaften!] – Diesen Gründungszuschuss gab es bislang, und das war bis Ende 2011 ein Rechtsanspruch, für die Arbeitslosengeld-I-Empfänger. Der ist jetzt eine Kann-Leistung, und darüber gibt es auch Studien. Da sind im Prinzip die Forderungen um 80 Prozent zurückgegangen. Es gibt kaum noch jemanden, der aus dem Arbeitslosengeld I mit einer Förderung gründet. Arbeitslosengeld-II-Empfänger beantragen das Einstiegsgeld und können dann zusätzlich die Hälfte der Grundsicherung, diese 182 Euro bekommen, und dann bekommen sie noch einmal ein Darlehen oder einen Zuschuss. Den können sie nach § 16 c SGB II beantragen. Das entscheiden die Jobcenter, ob sie diese Förderung bekommen. Das Problem bei dieser Förderung ist, das hatte ich auch in meiner Stellungnahme mitgeteilt, es ist eine nachrangige Förderung. Das heißt, die greift erst, wenn alle anderen nicht greifen. Die Antragsteller müssen immer eine Ablehnung von der Bank bringen. Sie gehen, wenn sie 3 000 Euro brauchen, zu einer Bank, müssen sich das ablehnen lassen, und erst dann können sie dies nach § 16 C SGB II beantragen. Mittlerweile empfinde ich das als echte Diskriminierung. Die Banken machen das mittlerweile auch nicht mehr, weil der Verwaltungsaufwand zu hoch ist. Aber das ist das Prozedere momentan bei den Jobcentern.

Da haben wir die Möglichkeit mit den Mikrokrediten, allerdings mit Zinsen, bei den Jobcentern ist es zinslos, wenn sie ein Darlehen bekommen, auch etwas zu machen. – Das kam vorher hier auch, dass die Zinsen sehr hoch sind. Die liegen bei 8,9 Prozent. Darauf haben wir letztendlich keinen Einfluss. Das wird uns so vorgegeben, weil das im Rahmen des Mikrokreditfonds Deutschland vom BAMS und dem Bundeswirtschaftsministerium vorgegeben ist. Dann sage ich den Kreditnehmern oder den Kreditnehmerinnen: Lieber ein Darlehen für 8,9 als gar keins entweder für keine Zinsen oder 4 Prozent Zinsen. Das muss man sich dann einfach überlegen. Das war dazu. Da kommt sicherlich auch noch etwas von Frau Ripking.

Noch einmal ganz kurz zu der Stufenfinanzierung – das kam noch mal von Ihnen – von der Investitionsbank: Mikrodarlehen Investitionsbank und Mikrodarlehen, die wir vergeben, sind etwas anderes. Das hat nichts miteinander zu tun. Mittlerweile ist es so, dass die Investitions-

bank – das ist das Programm für kleine und mittelständische Unternehmen, ein besonderer Fonds – keine Darlehen mehr unter 5 000 Euro vergibt. Jede Anfrage, die kommt, wird ohnehin gleich abgelehnt. Da ist es tatsächlich so, und mittlerweile auch bei der Volksbank, wenn Gründer oder Gründerinnen eine Nachfinanzierung haben wollen, schicken sie die zu uns. Die rufen bei uns an und fragen, ob wir Möglichkeiten haben, das noch zu finanzieren und setzen sich dann für die Gründerinnen ein.

Warum die Ablehnungsquote bei der Investitionsbank so hoch ist, kann ich leider nicht beantworten. In der Regel ist es so, wenn der Antrag online, relativ unbürokratisch, gestellt wird, bekommen sie einen Brief, dass das abgelehnt wird. Wenn sie zu einem Gespräch eingeladen werden, ist es immer ein gutes Zeichen, dass es auch etwas wird mit dem Darlehen. Ich denke, dass die Branchen immer noch zu klassisch in den ganz traditionellen Dienstleistungen, Gesundheit und Soziales usw. sind. Es ist selten, zumindest, was Frauen betrifft. Das beantwortet auch gleich ein bisschen diese Frage MINT. Was Frauen betrifft, haben wir auch bei den Kreditnehmerinnen niemanden aus dem Bereich. Das ist so.

Frau Vogel! Dann schiebe ich Sie dazwischen. Die Ausfallquote bei uns ist Null. Wir haben auch keine 100, 200, 300 Kredite, aber es läuft momentan alles wunderbar. Wir haben auch einen sehr engen Kontakt. Ich denke, dass hat auch etwas mit dieser Beleitung und Betreuung zu tun.

Die Quote der Ablehnungen – vielleicht ganz kurz dazu: Wir haben ein Vergabeverfahren. Die Frauen rufen bei mir an, machen ein persönliches Gespräch, und dann mache ich eine Kreditempfehlung fertig. Diese Kreditempfehlung geht dann an die Beiratsfrauen. Wir haben also ein zusätzliches Gremium bei Goldrausch, das dann über diese Kreditvergabe entscheidet. Die Kreditnehmerin stellt sich dort auch noch mal persönlich vor. Der tagt einmal im Monat. Das passt immer ganz gut in diesen Vier-Wochen-Rhythmus. Ich mache schon eine Vorauswahl. Wenn ich jetzt nach diesen Anfragen gehe und nach dem, wo ich dann sage: Nein, wir vergeben kein Darlehen, würde ich sagen, 40 bis 50 Prozent. Das ist relativ hoch. Die, die dann aber in den Beirat gehen, da sind es ca. 8 bis 10 Prozent, die kein Darlehen bekommen. Vielleicht ist das letztendlich auch ein bisschen das Geheimnis, dass es mit den Ausfallquoten so gut aussieht. Es sind zwar hohe Zinsen, aber es ist eine kurze Laufzeit. Das heißt, die Frauen sind immer sehr dankbar, wenn sie es nach drei Jahren los sind, wenn es dann weg ist.

Und – ich glaube, das beantwortet auch noch mal eine der Fragen – mit dieser Stufenfinanzierung oder überhaupt, dass sie mehrmals ein Darlehen beantragen können, damit können Frauen erst einmal auch den Umgang mit Geld lernen, und sie können sich damit eine Kreditbiografie aufbauen, und zwar eine positive. Das heißt, wenn sie später expandieren und brauchen dann 100 000 oder 150 000 Euro von Banken brauchen, haben sie ein ganz anderes Standing. Sie können ganz anders auftreten, und sie haben anders gelernt, mit den Zahlen dann auch umzugehen. Das ist ein Lernprozess. Das ist einfach so.

Vor welchen Herausforderungen stehen wir? – Die erste Herausforderung ist: Ich habe eine Fraueninfrastrukturstelle, die momentan bis Ende 2013 läuft. Da gibt es perspektivisch noch keine Aussage, wie das weitergehen wird. Das heißt, damit würde letztendlich diese Arbeit erst einmal ruhen, wenn das wegfallen würde. Das ist einfach so, und dieses System funktioniert auch nicht so, dass wir selber darüber Geld erwirtschaften können, um eine Stelle zu

finanzieren. Das geht nicht. Es ist eher umgekehrt so, dass der Bedarf noch größer wird, weil die Anfragen für Kredite mehr werden. Wir haben jetzt einfach auch mehr Geld zur Verfügung, und wir brauchen tatsächlich, um so eine gute Begleitung gewährleisten zu können, noch mehr Personalkapazitäten.

Das andere ist, dass wir im Rahmen dieses Mikrokreditprogramms oder Fonds Deutschland Geld vergeben. Da ist die momentane Situation so, dass das Bundesministerium den Kooperationsvertrag mit der GLS-Bank – diese Kredite werden über die GLS-Bank abgewickelt – gekündigt hat. Demzufolge hat die GLS-Bank die Kooperationsverträge mit den Mikrofinanzinstituten gekündigt. Auch hier wissen wir noch nicht, wie es ab 2014 weiterläuft. Das kann durchaus etwas auch mit der Neuorientierung oder Sortierung des ESF-Geldes zu tun haben, weil in diesem Mikrokreditfonds Deutschland auch 60 Prozent ESF-Mittel und 40 Prozent Landesmittel tatsächlich drinstecken.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Danke schön! – Als Nächste, Frau Dr. Wilpert, bitte!

Dr. Czarina Wilpert (Initiative Selbstständiger Immigrantinnen e. V.): Danke schön! – Es sind so viele Themen und Fragen, und eigentlich sind wir offenbar genauso betroffen von der Zukunft der ESF-Finanzierung wie andere. Ich muss auch sagen, dass für unsere Zielgruppe eine Gründung, um privatwirtschaftlich zu überleben auf der Basis von den Einkommen der Zielgruppe, die selber noch nie beschäftigt gewesen sind oder sehr wenig beschäftigt oder unterbrochene Biografien haben, sehr schwierig ist. Ich wollte aber Bezug auf die Möglichkeit nehmen, die Bestimmung für die Kofinanzierung zu ändern. Aber wenn das jetzt überhaupt alles infrage gestellt ist, das habe ich nicht gewusst und gedacht, ist das anders. Ich habe immer gehört, dass es möglich wäre.

Gerade bei ALG haben wir die Schwierigkeiten in der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften für die Frauen, die in Partnerschaften leben, weil es da notwendig ist, dass sie unter einer bestimmten Einkommensgrenzen liegen, sonst zählen sie nicht bei uns als Kofinanzierung. Bestimmte Dinge können wir nicht mehr machen, wenn wir das nicht vollbekommen, und das kann sogar bis zu 2 Euro über der Einkommensgrenze der Ehepartner sein. Dann wird das für die Kofinanzierung nicht anerkannt. Da gibt es eine Gruppe von Immigrantinnen, die sich gerade selbstständig machen möchte, die von dem Partner abhängig sind. Das macht sehr viel Schwierigkeiten. Ich hoffe, das ist klar.

Das Andere: Ich wollte Frau Radziwill ansprechen. Ich weiß nicht, ob sie noch da ist. Ich fand die Idee, die Sie hatten, gerade wegen der Prekarität, zwei Partner, die selbstständig sind, ein Familienunternehmen, ich kenne solche Fälle auch bei ISI. Wir hatten eine Frau in der Situation. Vielleicht ist es die gleiche, dann werde ich erleichtert sein. Ich glaube, es gibt eine ganze Menge. Ich habe gerade von einem neuen Fall gehört, der andere Auswirkungen hat. In dem einen Fall ist der Mann lange selbstständig gewesen. Sie hat sich selbstständig gemacht. Er ist zusammengebrochen. Das Geschäft ist zusammengebrochen usw. Die Frage ist, diese Frauen, von denen ich spreche, sind sehr starke Frauen, mit zwei Kindern, einem kranken Mann, das Geschäft kaputt. Was kann man in der Zwischenzeit machen? Sie hat ihr Geschäft schon aufgemacht. Sie ist gut ausgebildet, und sie wäre in der Lage, etwas zu machen. Seit einer Woche kenne ich eine andere Frau, eine andere Teilnehmerin von uns, die jetzt eine Bürgschaft sucht. Sie hat genau die gleiche Geschichte. Wie kann eine Frau, die längere Zeit mit einem Menschen verheiratet war, die selbstständig ist, sein Geschäft geht kaputt, die hatten nur gemeinsam Einkommen gehabt, jetzt Schwierigkeiten haben, eine Finanzierung zu bekommen oder jemandem sogar eine Bürgschaft zu bekommen?

Ich hatte gedacht, die Idee, ein Netzwerk aufzubauen, das hatte ich auch vor ein paar Tagen mit ihr diskutiert: Könnten wir nicht überlegen, dass wir ein Netzwerk von eigentlich etwas besser verdienenden Menschen in verschiedenen Berufszweigen, ob selbstständig oder Unternehmer oder Angestellte, aufbauen, um gerade Bürgschaften zu bekommen – wie ein Mentor, vielleicht auch in Zusammenhang mit Mentorschaft, das wäre auch eine interessante Idee, aber auf jeden Fall für einen überzeugenden, selbstständigen, guten Businessplan, bei dem eigentlich schon alles überprüft ist? Unsere Frauen schreiben schon gute Businesspläne. Ich finde das eine sehr interessante Idee für unser heutiges Gespräch.

Das ist ein allgemeinspolitisches Thema. Ich will es aber jetzt sagen, weil ich finde, man sieht immer wieder die Prekarität bei den Frauen, auch bei gut ausgebildeten Frauen, aber natürlich bei denen, die nicht gut ausgebildet sind, noch mehr und unter verschiedenen Bedingungen. Das Recht auf eine Grundversicherung will ich hier betonen. Die Frauen können viel, aber

natürlich brauchen sie eine bestimmte Sicherheit, und gerade dieses Versicherungsthema ist sehr wichtig. – Ich ziehe mich zurück.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Wilpert! – Als Letzte, Frau Ripking, bitte!

Antje Ripking (Gründerinnenzentrale – Navigation in der Selbstständigkeit): Ich habe mir hier ganz viele Kringel gemacht. Das waren so komplexe Fragestellungen, und ich fange einfach mal damit an, wo ich am meisten Kringel gemacht habe, und zwar ist das erstens: Positive Identifikationsmuster. Da passen auch eine ganze Menge Punkte hinein. Es ist wichtig, im Vorhinein schon ganz früh anzufangen, positive Vorbilder zu schaffen. Wir tun das, dass wir beispielsweise in der Gründerinnenzentrale Projekte erfolgreicher Gründerinnen aus der WeibWirtschaft ausstellen. Wir tun das, indem wir einmal im Jahr bei jungen Mädchen zwischen 13 und 16, die zu uns kommen, eine Expedition ins Reich der Chefinnen machen. Es gab eine sehr schöne Initiative vor langer Zeit, da komme ich jetzt auf den Punkt MINT-Bereich, von Femtec, und zwar haben die festgestellt, dass es eine exorbitante Steigerung an Wünschen nach Pathologinnen gab, nachdem es eine Serie gab, in der diese sehr eigenwillige Pathologin die Hauptrolle gespielt hat. Das war damals bei uns auch so. Da wollten plötzlich alle Mädchen Pathologinnen werden. Darauf hat Femtec einen Wettbewerb ausgeschrieben. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): „Crossing Jordan“!] – „Crossing Jordan“, ja! Ich bin nicht so ein Serienjunkie, aber meine Tochter hat es auch geliebt. – Die haben einen Wettbewerb ausgeschrieben europaweit, Drehbuchautoren und -autorinnen gesucht, die Hauptrollen für eine Serie schaffen, wo Frauen einfach mal ein anderes Rollenbild haben. Ich glaube, dieses Rollenbild ist super wichtig, angefangen im Kindheitsalter bis zu Universitäten. Vorbild ist eigentlich immer ganz viel.

Einkommenslücke: In der WeibWirtschaft machen wir das so, nachdem wir das von dieser Lücke gehört haben, 34 Prozent. Es gibt da so ein kleines internes Netzwerk von den Mieterinnen, den Unternehmerinnen, die da sind, und wenn eine Frau es geschafft hat, bei ihrem Angebot, wo sie einfach 34 Prozent draufgelegt hat, wenn sie das geschafft hat, diesen Auftrag zu bekommen, dann wird es im internen Netzwerk kommuniziert. Wir in der Gründerinnenzentrale sagen, dass Frauen häufig in den Orientierungsgesprächen, wenn das Gespräch auf das Thema Preis kommt, doch einfach mal nicht so zaghaft sein sollen mit ihrer Preisgestaltung, sondern zur Not einfach mal 34 Prozent draufschlagen.

Crowdfunding ist auch noch mal ganz spannend. Es gibt viele Ideen, auch in der WeibWirtschaft. Letztens kam eine Gründerin, die hatte eine ganz spezielle Idee, so etwas zu installieren, was Sie auch gesagt haben, wo sich Gründerinnen und Unternehmerinnen gegenseitig unterstützen können. Wir haben so ganz viele Ideen im Hinterkopf.

Gründung – natürlich Ihre Frage und das Angebot: Was wünschen wir uns für die Zukunft? – Das im Augenblick bestehende, sehr schöne aufeinander abgestimmte Angebot für Existenzgründerinnen, speziell auf die Lebenssituation abgestimmte Angebote, Akelei, Economista, ISI, Gründerinnenzentrale bestehen zu lassen, und egal, wie es jetzt wird mit der ESF-Förderung. Wir wünschen uns da jetzt auch den Dialog und nicht immer so diese allgemeinen Zahlen. Wir wissen alle nicht, wo es hingeht, aber es ist ganz wichtig, da zu wissen: Was können wir tun? Wie können wir diese Lücke schließen? – denn die wird groß sein. Wie können wir sie schließen? Was können wir tun? Können wir uns bündeln? Wie können wir es abstimmen? Das ist für ganz viele Frauenprojekte wichtig.

Krankenkasse: Der Wegfall des Gründungszuschusses reißt eine Lücke. Ein ganz großer Haken ist die Krankenkasse bei den Selbstständigen. Das ist natürlich ein Wunsch an die große Politik, da etwas zu tun. Was ist mit den Krankenkassenbeiträgen für Selbstständige? Stichwort: So etwas wie die KSK. Was kann man tun, um für Gründungen gerade so in den ersten Jahren, für diese Sozialbeiträge, die Krankenkassenbeiträge, da eine Basis zu schaffen, denen da etwas zu geben.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Damit sind wir am Ende der Anhörung angekommen. Ich bedanke mich noch mal zusammenfassend ganz herzlich, dass Sie heute hier waren und uns Rede und Antwort gestanden haben. Es gibt natürlich ein Protokoll, das wir Ihnen dann auch zusenden werden. Das wird in drei, vier Wochen der Fall sein. – Jetzt die Frage an die Ausschussteilnehmerinnen und Ausschussteilnehmer: Wollen wir diesen Tagesordnungspunkt vertagen oder für abgeschlossen erklären? Gibt es da Vorschläge, sonst vertage ich ihn, bis das Protokoll vorliegt. Das ist eigentlich das Normale. – Es gibt keine Einwände, dann wollen wir das so machen. – Es gibt einen Einwand. – Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Ich habe Fragen an die Senatorin gestellt. Ich will, dass die beantwortet werden.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Das stimmt. Ich habe Sie übergangen. Entschuldigung! – Bitte!

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau): Ich kann die Fragen sehr leicht und kurz beantworten, Frau Sommer. Was tut der Senat? – Dazu habe ich hier ausführlich Stellung genommen. Ich würde gerne auf das Protokoll hinweisen. Die Projekte, die wertvolle Arbeit in der Stadt machen, werden durch meine Senatsverwaltung finanziert. Wir stehen vor der Herausforderung, gerade was die ESF-Förderung angeht – da sind wir im Dialog –, das auch passgenau zu machen. Das war hier auch noch mal der Hinweis.

Ansonsten gab es noch eine Frage von Frau Vogel, was die Statistik der BA beim Gründungszuschuss angeht. Dazu haben wir einiges gehört. Die spezifische Aufteilung nach Frauen und Männern müssten wir noch bei der BA selbst abfragen, aber auch was die Nachhaltigkeit angeht, kann ich Ihnen dann noch etwas nachliefern.

Anja Schillhaneck (GRÜNE): Verzeihung! Ich hatte darum gebeten, dass Sie mal ganz kurz skizzieren, mit welcher Priorität bei Ihnen die Unterstützung von entsprechenden Gründungs- und Unterstützungsmaßnahmen von Frauen behandelt werden im Zusammenhang mit der Anmeldung.

Senatorin Dilek Kolat (SenArbIntFrau): Wir hatten das Thema ESF hier schon sehr häufig aufgerufen. Selbstverständlich sind diese Projekte, über die wir heute hier gesprochen haben und die vom Senat mit ESF-Mitteln unterstützt werden, hoch oben auf der Prioritätenliste. Da gibt es zwei Faktoren, einmal die Gesamtsumme, die heruntergehen wird, und zum anderen sind wir zurzeit sehr stark bemüht, sozusagen die Art der Dienstleistung so zu formen, dass die ESF-Förderung grundsätzlich möglich ist. Da sind wir in sehr enger Abstimmung mit den Projekten und Vereinen. Da wird jetzt auch gerade genickt. Meine Verwaltung bestätigt das auch.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Frau Sommer! Sie fühlen sich jetzt nicht richtig gewürdigt mit der Antwort?

Evrin Sommer (LINKE): Meine Fragen wurden nicht beantwortet. Ich schlage vor, dass das nächste Mal, wenn wir auswerten, Frau Senatorin die Frage zu Anerkennung der mitgebrachten Qualifikationen beantwortet. Das fällt auch in ihre Zuständigkeit, nicht nur in die der Bildungsverwaltung, und dann die Problematik der Bedarfsgemeinschaft, der nichtleistungsempfangenden Frauen, auf die wir damals auch die Eingliederungsmaßnahmen ausgeweitet haben, ob man sozusagen diese Existenzgründungsmaßnahmen, ein solches Programm auch auf diese Zielgruppe übertragen könnte. Diese Frage und auch andere, wurden nicht beantwortet. Ich bitte Sie, sie das nächste Mal zu beantworten.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Ich habe das nicht verstanden, und auch nicht, was das mit der Anhörung zu tun hat. Wir haben hier noch einen Tagesordnungspunkt, zumindest noch auf der Unerledigtenliste, wo es um die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse geht. Meinen Sie das? Ich habe das wirklich nicht verstanden.

Elke Breitenbach (LINKE): Es geht um ein Landesanererkennungsgesetz, das Berlin nicht hat, aber Frau Sommer hat vorhin Hamburg und Niedersachsen genannt. Die haben das. Darauf bezog sich jetzt die Frag.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Also auf das Gesetz, das wir gar nicht haben. Dann habe ich das falsch verstanden. – Herr Freiberg!

Michael Freiberg (CDU): Ich will das Verfahren verstehen wollen, liebe Frau Vorsitzende. Wir haben eine Anhörung, und wir haben dankenswerterweise angehört. Das war sehr informativ. Dann gibt es Fragen der Fraktionen an die, die vorgetragen haben. Der Senat hat sich durch Frau Kolat erklärt, und das war es dann. Ich denke mal, damit ist das doch erledigt. Ansonsten wäre es ein ganz anderes Verfahren, oder ich verstehe das System der Anhörung nicht. Der Senat hat durch Frau Kolat Stellung genommen, und sollten Fragen offen sein, dann kann man die miteinander klären, aber nicht im Rahmen der Anhörung. Ansonsten verstehe ich das von der Geschäftsordnung her überhaupt nicht.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Richtig! Ich lege die Geschäftsordnung in dem Fall anders aus. Ich habe, das war mein Fehler, die Fragen an Frau Kolat habe ich wohl gehört – ich sitze ja hier vorne und höre mir das alles an –, habe aber völlig vergessen, sie noch mal zum Abschluss mit einzubeziehen. Das würde selbstverständlich schon die Höflichkeit gebieten, dass man der Senatorin oder dem Staatssekretär oder der Verwaltung die Möglichkeit zur Stellungnahme gibt. Das haben wir hier auch immer so gemacht. Das war mein Fehler, und ich habe das vergessen. Deshalb habe ich das noch mal nachgeholt. Frau Sommer hat mich darauf aufmerksam gemacht, und das ist auch so. Normalerweise ergeben sich innerhalb einer Anhörung immer noch Fragen an die Senatsverwaltung, und die ist normalerweise auch bereit, das zu beantworten. Sie darf aber auch in diesem Rahmen feststellen, dass sie dazu gerade nicht aussagefähig ist oder dass sie die Antwort gerade schlicht nicht geben kann. Dann ist das so, und dafür gibt es dann für uns auch die Möglichkeit, Kleine Anfragen zu stellen. Das ist unsere Möglichkeit, das scharfe Schwert der Opposition, die Kleine Anfrage. Das können wir selbstverständlich machen. Das bleibt uns unbenommen. Das ist auch oft das Ergebnis einer Anhörung, dass wir sagen: Hier müssen wir noch mal ran, und da müssen wir noch mal nach-

fragen. Deshalb machen wir das auch so, und deshalb gebe ich der Senatorin selbstverständlich immer die Möglichkeit, am Ende noch mal zu reden. Das ist so.

Jetzt kommen wir zum Ende der Anhörung. Wir werden, wenn das Protokoll vorliegt, dieses Thema noch einmal aufrufen. Noch mal meinen Dank! Jetzt haben Sie mal gesehen, wie das im Ausschuss abläuft. Zum Ende hin wird es immer ein bisschen hektisch. Ich entlasse Sie jetzt in eine bessere Zukunft.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0453
Anonymisierte Bewerbung

[0067](#)
ArbIntFrau
Haupt

Vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0550
**Neue Förderperiode der EU-Strukturfonds:
Eine Strategie für Berlin muss her!**

[0077](#)
ArbIntFrau
EuroBund-
Med(f)
Haupt
WiFoTech

in Verbindung mit

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/0721
**EU-Strukturfonds-Förderperiode ab 2014: Nachhaltigkeit
in der beruflichen Bildung und Weiterbildung, der
Berufsorientierung und der Berufsvorbereitung
strukturell verankern**

[0089](#)
ArbIntFrau
EuroBund-
Med(f)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.